

KERAMISCHER

VIII / Nr. 10 BERLIN
8. April
1933

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:
Edwin Nenninger Verlag: Hermann Grünzel, beide
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm
56 46 und 56 47. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Kurze Nachrichten

Während unserer Verbotezeit spielten sich in Deutschland eine Anzahl großer Ereignisse von außerordentlicher Tragweite für Staat und Volk ab. In einem kurzen Rückblick

An die Verbandsmitglieder!

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Die durch die Reichstagswahlen am

Sein Aufgabengebiet beschränkt sich auf die Wahrnehmung der wirtschaft-

und Erfahrungen auf diesen Gebieten dienlich zu sein.

Die Gewerkschaften beanspruchen für sich kein Monopol. Ueber der Form der Organisation steht die Wahrung der Ar-

KERAMISCHER

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:
Edwin Nenninger Verlag: Hermann Grünzel, beide
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm
56 46 und 56 47. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

VERBOT

Durch Verfügung des Polizeipräsidenten von Berlin vom 4. März 1933 ist die Zeitung

„KERAMISCHER BUND“

bis 3. April 1933 verboten.

Berlin, den 6. März 1933.

Redaktion und Verlag „KERAMISCHER BUND“.

Mit 19241 neuen Versicherungsanträgen hat unser gewerkschaftlich-genossenschaftliches Versicherungsunternehmen, die Volksfürsorge, im Monat Januar wieder ein sehr beachtliches Resultat erzielt. An der seit Monaten steigenden Antragskurve (September 10098, Oktober 13290, November 15672, Dezember 18255) ist klar ersichtlich, daß trotz aller widrigen Umstände unserer Volksfürsorge starkes Vertrauen aus der werktätigen Bevölkerung entgegengebracht wird. — Die Wiederinkraftsetzung von Lebensversicherungen wurde im Januar in rund 7000 Fällen beantragt.

An die Zahlstellenleitungen!

Die Zahlstellenleitungen werden gebeten, etwaige Änderungen in der Zahl der Bezieher und bei den Adressen der Organempfänger sofort der Expedition mitzuteilen.

Verlag „Keramischer Bund“.

Die Gewerkschaften sind der Ausdruck einer unabwiesbaren sozialen Notwendigkeit, ein unerläßlicher Bestandteil der sozialen Ordnung selbst. Als organisierte Selbsthilfe der Arbeiterschaft sind die Gewerkschaften ins Leben getreten und im Verlaufe ihrer Geschichte aus natürlichen Gründen mehr und mehr auch mit dem Staate selbst verwachsen. Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichviel welcher Art das Staatsregime ist.

Die großen Tarifgemeinschaften zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiterschaft sind der untrügliche Beweis dafür, daß die Gewerkschaften von dem Willen geleitet sind, die ihnen obliegende Vertretung der Arbeiterinteressen in freier Vereinbarung mit den Unternehmern wahrzunehmen. Trotz aller Wirrnisse und wirtschaft-

lichen gegeben und hatten auch weiterhin an dieser Auffassung fest. Sie sind durchaus bereit, auf diesem Wege im Sinne einer Selbstverwaltung der Wirtschaft auch über das Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus dauernd mit den Unternehmerorganisationen zusammen zu wirken. Eine staatliche Aufsicht über solche Gemeinschaftsarbeit der freien Organisationen der Wirtschaft könnte ihr unter Umständen durchaus förderlich sein, ihren Wert erhöhen und ihre Durchführung erleichtern.

Die Gewerkschaften beanspruchen nicht, auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken. Ihre Aufgabe in dieser Hinsicht kann nur sein, die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft in bezug auf sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung und Gesetzgebung zuzuleiten, sowie der Regierung und dem Parlament mit ihren Kenntnissen

Werbeerfolge

So ungünstig auch die Zeitverhältnisse sind, die Agitation für den Verband geht weiter. Die Werbeerfolge geben immer wieder Zeugnis davon, daß Werbearbeit geleistet wird. Die einzelnen Gauen und Zahlstellen berichten:

Im Gau 13 getätigte Aufnahmen im Januar 1933:

Cassel	24	Höhr	7
Corbach	24	Mainz	31
Darmstadt	59	Offenbach	18
Frankfurt a. M.	10	Worms	7
Fulda	12		

Im Gau 14 hatten die Zahlstellen Kreuznach 11 und Leverkusen 17 Aufnahmen im Monat Januar zu verzeichnen. Die Zahlstelle Torgau kann über 12 Neuaufnahmen im Januar-Februar berichten.

Die Zahlstelle Düsseldorf hat in der Zeit vom 1. Januar bis 15. Februar 147 Aufnahmen getätigt.

Gaue und Zahlstellen

Heilbronn / Hauptversammlung

Am 5. Februar hielt die Zahlstelle Heilbronn die jährliche Hauptversammlung ab. Der Geschäftsführer des Verbandes, Kollege Benz, gab den Geschäfts- und Tätigkeitsbericht. Das Jahr 1932 ist für die deutsche Arbeiterschaft ein Jahr des wirtschaftlichen und sozialen Tiefstandes gewesen. Der Vorstoß der Unternehmer in Bezug auf Lohnabbau konnte abgewehrt werden. Der Redner gab den Delegierten ein klares Bild über die Bewegung in der Glashütte Heilbronn. In der Ziegelei Eöckingen hatte die Arbeiterschaft am 20. Oktober 1932 infolge Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt, der Streik endigte mit einem Erfolg der Belegschaft. Anschließend gab der Kollege Baldiani den Kassenbericht, aus dem zu ersehen ist, daß die Kasse nicht gerade auf Rosen gebettet ist, aber doch den Anforderungen gerecht wird. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Schweikert, Herrmann, Knorr, Karger, Schick, Betzner. Sämtliche Redner sprachen weniger über die gegebenen Berichte, um so mehr aber über die Vorgänge in der Glashütte und den von der KPD und RGO inszenierten und verunglückten Hungermarsch nach Hannover, der sein jähes Ende im Rheinland erreichte. Vom Kollegen Herrmann wurde folgende Entscheidung eingebracht: „Die Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Heilbronn, kommt nach eingehendem Bericht des Kollegen Benz hinsichtlich der Bewegung in der Glashütte

urteilen, so wollen wir Ihnen schon sagen, daß wir auch mit dem größten Maulaufreißer der KPD fertig geworden wären. Aber die anwesenden Kollegen von der Opposition mögen wohl eingesehen haben, daß der gewerkschaftlichen Arbeit mit unsachlicher Kritik nicht beizukommen ist. Übrigens können wir zur Beruhigung der Antreiber sagen, daß wir ja in diesem Jahre noch mehr Gewerkschaftsversammlungen haben, wo Beschwerden entgegengenommen werden. Und wer gewillt ist, ehrlich mitzuarbeiten, ist uns bei jeder Gewerkschaftsarbeit herzlich willkommen. Über den Stundenplan unserer Jugendabende sind wir den unorganisierten Kommunisten keine Verantwortung schuldig. Jedenfalls ist es besser, die Jugend auch in die Naturgeschichte etwas einzuführen, als ihre Köpfe nur mit weitrevolutionären Phrasen zu erfüllen, die niemals verwirklicht werden können. Es dürfte auch manchem Kommunisten nichts schaden, wenn er sich mit dem Geschehen in der Natur etwas vertraut machen würde, vielleicht würde es ihm dann besser einleuchten, daß alles seine Entwicklung braucht, und daß nicht über Nacht der schönste Baum mit herrlichen Früchten erstehen kann, so wie er ihnen in ihren revolutionären Gedankengängen vorschwebt. Im übrigen möchten wir nicht versäumen, den KPD-Funktionären für ihre aufopfernde Tätigkeit, die sie für den Besuch unserer Versammlung entfaltet haben, bestens zu danken. Wir bitten, uns diese wohlwollende Zuneigung auch in der Zukunft zu bewahren.

Die Verwaltung
der Zahlstelle Mitterteich

50prozentig erwerbslos war. Die Tarifbewegung war bedingt durch die gesetzlichen Lohnabbaumaßnahmen. Die Haupttätigkeit des Geschäftsführers bestand neben der Agitation in der Rechtshilfe für die Kollegen in allen Sparten der Sozialversicherung. Der Einfluß der RGO und des Stahlhelms muß durch aktive Agitationstätigkeit eingedämmt werden. In der Diskussion erkannten die Delegierten die geleistete Arbeit an und ließen erkennen, daß unter allen Umständen alle Kraft aufgeboren werden muß, um die bevorstehenden Kämpfe siegreich zu bestehen. — Zu Punkt 2 referierte Kollege Gäuleiter Thieme Breslau. Gespannt lauschten die Delegierten den Ausführungen. Die Vorgänge in letzter Zeit trug Kollege Thieme in logischer Folge den Kollegen vor. Die Diskussionsredner zeigten lebhaftes Interesse an den Ausführungen und freuten sich, wieder geistiges Material bekommen zu haben, mit dem man den Kampf gegen den Gegner weiter führen kann. Im 3. Punkt wurde die alte Ortsverwaltung mit Ersatz für einen ausscheidenden Kollegen wiedergewählt. M. I.

Stadtdendorf

Unsere Zahlstelle Stadtdendorf veranstaltete in den Orten Wangelstedt, Vorwohle, Lenne und Heinade wiederum Filmvorführungen. Vorgeführt wurde der Großtonfilm „Kameradschaft“. Auch dieses Mal waren die Veranstaltungen sehr gut besucht und die Säle zum Teil überfüllt. Der gute Besuch der Veranstaltungen dürfte beweisen, daß es mit dem Fabrikarbeiterverband vorwärts geht und der Tonfilm sich als

rial zurückgewiesen. Zur Arbeit und Finanzlage unseres Verbandes und der Zahlstelle übergehend wies er nach, daß die Aufgabe unseres Verbandes, die Besserstellung und Verteidigung der Lebensrechte der Arbeiterschaft zu erstreben, trotz der vorhandenen Not und der verlagerten machtpolitischen Verhältnisse glänzend erfüllt sei. Es habe sich im letzten Jahre wiederum bewiesen, daß wir eine Kampforganisation sind. Wenn auch manche Position preisgegeben werden mußte, so werden wir uns das verlorene Terrain wieder erobern, und darüber hinaus zum Wohle der Arbeiterschaft vorstoßen. Die finanziellen Maßnahmen unseres Verbandes wurden eingehend behandelt. Wie ein Fels im Meer, von Wogen umbrandet, steht der Fabrikarbeiterverband im Keisensturm. Den Gegnern rufen wir zu: Ihr hermt uns wohl — aber ihr zwingt uns nicht. Der Fabrikarbeiterverband marschiert, und mit ihm die Zahlstelle Stadtdendorf. Dafür stehen die kampforprobten Betriebsfunktionäre unserer Zahlstelle.

Die Unterbezirksleitungen und auch die Zahlstellenverwaltung wurden in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Ein Beweis, daß das Verhältnis zwischen Funktionären und Mitgliedschaft ein inniges und vertrauensvolles ist.

Eschershausen in Braunschweig erlebte kürzlich eine Polizeirazzia auf den „Proletarier“, unser Verbandsbrüderblatt in Hannover. Die Stadtpolizei erschien in der Wohnung eines Kollegen, der als Hilfskassierer bekannt ist, und wollte dort den „Proletarier“

wurde immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß die Einigkeit der Arbeiterschaft jetzt notwendiger denn je ist.

Mitterteich

Nachdem die Kommunisten in unserer Generalversammlung die Felle davongeschwommen sind, erleben sie ein großes Lamant wegen der Posten und Postchen der Gewerkschaftsfunktionäre, währenddem die KPD-Funktionäre nichts hätten. — Können ihnen da leider nicht helfen, denn diese vermeintlich gut bezahlten Posten stehen nur unseren Mitgliedern offen, die ja alljährlich selbst bestimmen, mit welchen Leuten diese Posten besetzt werden. Die KPD-Funktionäre aber, die zum größten Teil weder gewerkschaftlich noch gewerkschaftlich organisiert sind, müssen sich wegen der Erlangung von Posten schon an ihre Zentrale in Moskau wenden, oder sie müssen Offerten von den Nazis einholen. Wenn sie dann weiter das schweigende Verhalten der oppositionellen Kollegen während der Versammlung ver-

langen selbst überstanden. Er sah sie die Haupttrab lären und den zugefrorenen Klauke bis zu seinen Goldfeldern

Daylight lachte und schüttelte die Erscheingung von ... ab, dann stieg er zur Ebene ... und nach dem Lager. Fünf Minuten später hatte er sich in seinen Schlafsack ... Aber er öffnete die Augen und setzte sich auf, erstaunt, daß er nicht einschlafen konnte. Er betrachtete den schlummernden Indianer neben sich, die Glut des halb erloschenen Feuers, die fünf Hunde, die mit der buschigen Rute über der Schnauze dalagen, und die vier Schneeschuhe, die aufrecht im Schnee steckten.

„Die verdammte Chance läßt mir keine Ruhe“, murmelte er. Seine Gedanken kehrten zum Pokerspiel zurück. „Vier Könige!“ Er grinste bei der Erinnerung. „Das war eine Chance!“

Er legte sich nieder, zog den Schlafsack um Nacken und Ohrenlappen zu sammen, schloß die Augen, und diesmal schlief er ein.

und unter ... tägliche Arbeitszeit auf dreizehn Stunden. Er wachte eifersüchtig auf den gewonnenen Vorsprung, denn er wußte, daß noch schwierige Stellen kamen.

Es war erst Mitte Dezember, und der angestimmte Fifty-Mile-River rechtfertigte seine Befürchtungen. An vielen Strecken war er offen und nur am Ufer entlang von unsicherem Eise bedeckt. An zahlreichen Stellen, wo das Wasser gegen die steilen Felsufer brach, konnte sich überhaupt kein Eis bilden. Sie machten Umwege, gingen hier über den Fluß und dort wieder zurück, und mußten es oft ein dutzendmal versuchen, ehe sie einen Weg über eine besonders schwierige Stelle fanden. Es ging nur langsam vorwärts. Die Eisrücken mußten geprüft werden; einer von ihnen schritt dann mit den Schneeschuhen an den Füßen und einer langen Stange quer in den Händen voraus. Brach das Eis, so konnte er sich an die Stange klammern. Ein solcher Unfall bejegnete beiden mehrmals. Bei fünfzig Grad unter Null kann ein Mann, wenn er

sonnen aufgetaut, während die runde eine Extraportion Fisch erhielten. Dann setzten sie ihren Weg flußaufwärts fort, bis sie um ein Uhr nachts ihr Lager aufschlugen.

(Fortsetzung folgt.)

Schriften und Bücher

Ermäßigung und Niederschlagung der Hauszinssteuer. Die Frage, wie und unter welchen Voraussetzungen man heute die Hauszinssteuer ermäßigt oder niedergeschlagen bekommt, ist für jeden Mieter und für jeden Hausbesitzer das aktuellste Tagesgespräch. Die Bestimmungen der Hauszinssteuerverordnung sind wiederholt in letzter Zeit ganz erheblich geändert worden. Alle diese Änderungen muß man aber kennen, wenn man Hauszinssteuer ersparen will. Aus diesem Grunde ist das soeben erschienene Büchlein: „Ermäßigung und Niederschlagung der Hauszinssteuer“ von Bankdirektor a. D. Rud. Kötigen, Steuersachverständiger in Bonn, allen unseren Lesern zu empfehlen, da schon eine einzige Auskunft den Gesteueresoretz mehrfach bezahlt macht. Das Büchlein ist zum Preise von 2 RM zu beziehen von R. Kötigen in Bonn, Ermekelstr. 1, Postscheckkonto Köln Nr. 108 131.

Kurze Nachrichten

Während unserer Vorbereitungszeit spielten sich in Deutschland eine Anzahl großer Ereignisse von außerordentlicher Tragweite für Staat und Volk ab. In einem kurzen Rückblick bringen wir die Vorgänge aneinander gereiht. Die Reichstagswahl und die Landtagswahl in Preußen brachten den hinter der Reichsregierung Hitler-Papen-Hugenberg stehenden Parteien die Mehrheit. Die Nationalsozialisten verfügten im Reich allein über 43,9 Prozent der Stimmen und über 288 Mandate, und die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot über 8,8 Prozent der Stimmen und über 52 Mandate. Die Reichstagsmandate im Besitz: — Im preussischen Landtag konnten die Regierungsparteien 234 Mandate von 471 erringen. An Stimmen erhielten bei der Reichstagswahl am 5. März 1933:

Nationalsozialisten	17 265 823
Sozialdemokraten	7 176 505
Kommunisten	4 845 379
Zentrum	4 423 161
Schwarz-Weiß-Rot	3 132 595
Bayerische Volkspartei	1 072 893
Deutsche Volkspartei	432 105
Christlicher Volksdienst	384 116
Staatspartei	333 487

Der Ausgang der Wahlen brachte es mit sich, daß in einer Anzahl Länder Reichskommissare eingesetzt wurden und daß die alten Regierungen zurücktraten wie z. B. in Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen. Auch bei den Gemeinden wurde so verfahren. Die Länder- und Gemeindepresidenten sollen nun gleichgeschaltet werden, d. h. ihre Vertretungen werden nach einem Verhältnis zu dem bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen zusammengesetzt.

Der Reichstag ist am 21. März zum erstmalig zusammengetreten. Der Tagung ging ein großer nationaler Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche voraus, an dem auch der Herr Reichspräsident von Hindenburg teilnahm. Dieser und Herr Reichskanzler Adolf Hitler hielten Ansprachen. Die erste Geschäftsitzung des Reichstags und die Wahl des Präsidiums wurde in der Krolloper vorgenommen. Am zweiten Sitzungstag, am 23. März, wurde mit 441 gegen 94 Stimmen das Ermächtigungsgesetz angenommen, nach dem die Reichsregierung praktisch so ziemlich der alleinige Gesetzgeber ist. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt. Ein Mitwirkungs- oder Einspruchsrecht des Reichspräsidenten sowie Volksbegehren und Volksentscheid sind hinsichtlich der Regierungsgesetze ausgeschlossen.

Der Reichspräsident erließ am 23. März eine Notverordnung zur „Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette und inländischer Futtermittel“, nach der die Margarineerzeugung um 40 Prozent eingeschränkt wird, um den Butterkonsum zu heben. Da diese Maßnahme zu einer Verteuerung der Margarine führen wird, werden an Minderbemittelte Fettkarten abgegeben, auf die es Fette billiger zu kaufen geben wird.

Die Deutsche Reichsbank bekam nach dem Rücktritt des bisherigen Präsidenten Dr. Luther einen neuen, in der Person des Herrn Dr. Hilmar Schacht.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat wird ungebildet und künftig nur noch aus 50 bis 60 Mitgliedern bestehen, die von der Reichsregierung ernannt werden.

In den ersten Tagen der nationalen Revolution nach den Wahlen wurden etwas über 50 Gewerkschafts- bzw. Volkshäuser in einer Anzahl Städte besetzt. Davon ist ein Teil wieder freigegeben worden.

Mit 1921 neuen Versicherungsanträgen hat unser gewerkschaftlich-genossenschaftliches Versicherungsunternehmen, die Volksfürsorge, im Monat Januar wieder ein sehr beachtliches Resultat erzielt. An der seit Monaten steigenden Antragskurve (September 10098, Oktober 13290, November 15672, Dezember 18255) ist klar ersichtlich, daß trotz aller widrigen Umstände unserer Volksfürsorge starkes Vertrauen aus der werktätigen Bevölkerung entgegengebracht wird. Die Wiederinkraftsetzung von Lebensversicherungen wurde im Januar in 7000 Fällen beantragt.

An die Zahlstellenleitungen!

Die Zahlstellenleitungen werden gebeten, etwaige Änderungen in der Zahl der Bezahler und bei den Adressen der Organisationsmitglieder sofort der Expedition mitzuteilen.

Verlag „Keramischer Bund“

An die Verbandsmitglieder!

Werte Kolleginnen und Kollegen! Die durch die Reichstagswahlen am 5. März gefallene politische Entscheidung bringt in der gewerkschaftlichen Arbeit unseres Verbandes, in der Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen unserer Mitglieder keine Änderung hervor. Auch nach der politischen Umwälzung arbeiten wir an unseren von uns selbst gestellten und in unseren Satzungen festgelegten gewerkschaftlichen Aufgaben weiter wie bisher.

Die unter den Verbandsmitgliedern ausgestreuten wilden Parolen über das Verbot oder über die Auflösung der Gewerkschaften sind haltlos, in den Tatsachen nicht begründete Gerüchte. Die Besetzung einzelner Gewerkschaftshäuser hat hier und da die Arbeit unseres Verbandes vorübergehend gehindert. Diese Schwierigkeiten sind fast beseitigt. An einigen Orten, wo sie noch bestehen, bemühen wir uns, sie zu überwinden. Es ist nicht wahr, daß das Vermögen der Gewerkschaften beschlagnahmt worden ist. Im Gegenteil, wo Gewerkschaftshäuser besetzt worden sind, wurden in fast allen Fällen die Büroräume freigegeben mit der ausdrücklichen Begründung, daß es sich bei den Besetzungen nicht um Aktionen gegen die Gewerkschaften handelt, sondern gegen politische Parteien. Maßgebende Regierungsstellen haben erklärt, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften keine Behinderung erfahren soll.

Das kann auch nicht anders sein, denn die Arbeit unseres Verbandes vollzieht sich im streng gesetzlichen und im staatsbürgerlichen Rahmen. Unser Verband ist politisch ungebunden.

Hannover, den 21. März 1933.

Erklärung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

In der Öffentlichkeit wird die Aufgabe und Stellung der Gewerkschaften in den durch die Reichstagswahl geschaffenen Veränderungen des Staatsgefüges vielfach erörtert. Willens- und Richtungen der Gewerkschaften über Art und Richtung ihrer fernerer Tätigkeit finden weiterhin größte Beachtung. Die verbindlichen Äußerungen einzelner Spitzenvertretungen und großer Organisations bildeten die Grundlage zahlreicher Erörterungen in der Presse. Zu diesen Diskussionen nimmt nun der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Stellung mit einer von seinem Bundesvorstand beschlossenen Erklärung. Die Erklärung lautet:

Die Gewerkschaften sind der Ausdruck einer unabwiesbaren sozialen Notwendigkeit, ein unabwiesbarer Bestandteil der sozialen Ordnung selbst. Als organisierte Selbsthilfe der Arbeiterschaft sind die Gewerkschaften ins Leben getreten und im Verlaufe ihrer Geschichte aus natürlichen Gründen mehr und mehr auch mit dem Staate selbst verachsen. Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichviel welcher Art das Staatsregime ist. Die großen Tarifgemeinschaften zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiterschaft sind der untrügliche Beweis dafür, daß die Gewerkschaften von dem Willen geleitet sind, die ihnen obliegende Vertretung der Arbeiterinteressen in freier Vereinbarung mit den Unternehmern wahrzunehmen. Trotz aller Wirrnisse und wirtschaft-

Sein Aufgabengebiet beschränkt sich auf die Wahrnehmung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen seiner Mitglieder unter Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen, die Erstreben der völligen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft und der vollen Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit, die Erstellung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen, deren Festigung und Verteidigung durch Abschluß von Tarifverträgen, die Schaffung sozialer Unterstützungseinrichtungen usw.

Diese Ziele und Grundsätze sind in unseren Satzungen seit Bestehen unseres Verbandes niedergelegt. Die politische Umwälzung hat auch an der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft nichts geändert.

Es ist die Aufgabe aller unserer Mitglieder und insbesondere unserer Verbandsfunktionäre, sich für diese rein gewerkschaftlichen Grundsätze des Verbandes mit aller Energie einzusetzen. Dort, wo Mütlosigkeit einzuweisen droht — was nach Berichten aus dem Reich glücklicherweise nur ganz selten ist — müssen die Verbandsfunktionäre sie durch ihr persönliches Wirken überwinden.

Kolleginnen und Kollegen! Der Hauptverband dankt Euch für Eure dem Verbande in der Vergangenheit bewiesene Treue. Beweist, daß auch in dieser Zeit der Not die Treue in der deutschen Arbeiterschaft kein leerer Wahn ist! Je fester wir zusammenhalten, desto leichter werden wir die Schwierigkeiten überwinden. Der Verband wird sich Eurer Treue und Eures Vertrauens würdig erweisen.

Der Hauptvorstand, Karl Thiemeig.

und Erfahrungen auf diesen Gebieten dienlich zu sein.

Die Gewerkschaften beanspruchen für sich kein Monopol. Ueber der Form der Organisation steht die Wahrung der Arbeiterinteressen. Eine wahre Gewerkschaft kann sich aber nur auf freiwilligen Zusammenschluß der Mitglieder gründen, sie muß von den Unternehmern ebenso wie von den politischen Parteien unabhängig sein.

Berlin, 21. März 1933.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die vorstehende Erklärung wurde Reichskanzler Adolf Hitler durch den Vorsitzenden des ADGB, Theodor Leipart, am 21. März zugeleitet.

Für Schutz der ordnungsmäßigen Betriebsräte

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am Mittwoch, dem 29. März, an den Reichsarbeitminister Seldte folgendes Schreiben gerichtet:

In der Sorge, daß zahlreiche Betriebsräte ihre gesetzlich festgelegten Funktionen nicht mehr ausüben können, wenden wir uns an Sie als den zuständigen Ressortminister mit dem Ersuchen, dem Zustande der Willkür ein Ende bereiten zu wollen.

Die Betriebsräte, deren Amtsperiode im allgemeinen am 1. April 1933 abläuft, stehen unter einem ungehörigen Druck der durch die neue Bewegung aktiv gewordenen Gruppen. Obwohl die Neuwahlen überall in den Reich ausgegeschrieben sind und entweder schon stattgefunden haben oder in den nächsten Tagen stattfinden werden, zwingt man die Betriebsräte zum sofortigen Rücktritt unter Anwendung unerlaubter Mittel. In zahlreichen Fällen werden die Betriebsräte entgegen dem in den §§ 39, 41, 96/97 des Betriebsrätegesetzes festgelegten Schutze von diesen Gruppen gezwungen, ihre Ämter niederzulegen. Wer sich weigerte, wurde wiederholtlich von außerhalb der Staatsmacht stehenden Personen verhaftet und so lange festgehalten, bis er unter schriftlich den Verzicht auf sein Amt besiegelt. Außerdem mußte er sich verpflichten, keine gewerkschaftliche Liste mehr einzureichen.

Die Gewerkschaften ersuchen Sie, Herr Reichsarbeitminister, um Schutz ihrer Mitglieder, die von den Belagerten der Betriebe ordnungsmäßig zu Betriebsräten gewählt wurden. Die Betriebsräte haben in Ausübung der ihnen gesetzlich zustehenden Funktionen die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe sicherzustellen. Dieser Tätigkeit sind sie in jahrelanger Übung und durch große Erfahrung gerecht gewidmet. Politik zu tun, so daß die Auffassungen über das Ausschalten jeder politischen Betätigung in Wirtschaft und Sozialpolitik bei den Betriebsräten nicht zur Anwendung kommen dürfen.

Wir sind bereit, zahlreiche Einzelfälle Ihnen mit Namen der Betriebsräte und der Firmen zur Verfügung zu stellen, wenn unsere Angaben näher begründet werden sollen.

Werbeerfolge

So ungünstig auch die Zeitverhältnisse sind, die Agitation für den Verband geht weiter. Die Werbeerfolge geben immer wieder Zeugnis davon, daß Werbearbeit geleistet wird. Die einzelnen Gau- und Zahlstellen berichten:

Im Gau 13 getätigte Aufnahmen im Januar 1933:			
Cassel	24	Höhr	7
Corbach	21	Mainz	31
Darmstadt	59	Offenbach	13
Frankfurt a. M.	10	Worms	7
Fulda	12		
Im Gau 14 hatten die Zahlstellen Kreuznach 11 und Leverkusen 17 Aufnahmen im Monat Januar zu verzeichnen. Die Zahlstelle Torgau kann über 12 Neuaufnahmen im Januar-Februar berichten.			
Die Zahlstelle Düsseldorf hat in der Zeit vom 1. Januar bis 15. Februar 147 Aufnahmen getätigt.			

